A1 FRIEDEN SCHAFFEN: KOOPERATIVE SICHERHEIT IN EUROPA UND AUF GLOBALER EBENE

Antragsteller*in: Ursula Hertel-Lenz
Tagesordnungspunkt: TOP 6 Antragsberatungen

Antragstext

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verursacht millionenfaches Leid, Massaker, Kriegsverbrechen, Tod und Verwüstung. Mit jedem Tag, den die Angriffe fortdauern, werden Menschen körperlich verletzt oder traumatisiert, viele sterben. Das Risiko einer Ausweitung des Krieges auf andere Staaten oder einer weiteren Eskalation wächst. Die weltweite Hungerkrise nimmt immer größere Ausmaße an.

Vorbereitungen für Verhandlungen beginnen

Die Unterstützung der Ukraine durch Waffenlieferungen hat dazu beigetragen, dass sie den Angriffen Russlands standhalten konnte, allerdings wurden weitere Gebiete – vor allem im Süden, aber auch im Osten - durch russische Truppen besetzt. Es ist zur Zeit nicht absehbar, inwieweit die Ukraine auch bei anhaltender Unterstützung durch Waffenlieferungen diese und alle anderen russischen Truppen aus dem Land drängen kann.

Während in Deutschland über die Waffenlieferungen viel informiert und diskutiert wurde und wird, ist die Frage, wann und wie dieser Krieg beendet werden könnte, als sachlich behandeltes Thema in der Öffentlichkeit kaum präsent. Vorbereitungen für Verhandlungen fehlen offenbar. Hier ist ein Umdenken notwendig. Denn perspektivisch ist die Ko-Existenz der europäischen Staaten mit der Russischen Föderation alternativlos.

Sprech-Fähigkeit wieder herstellen – Eskalation verhindern

Nach einem halben Jahr Krieg und nach den verschiedenen Gipfeltreffen von EU, G-7, NATO und G-20 sollten nun, neben den Waffenlieferungen und Sanktionen, Vorbereitungen für einen international abgestimmten und multilateral getragenen Verhandlungsprozess beginnen, auch auf oberster politischer Ebene. In dieser zugespitzten Kriegssituation braucht es vor allem eine Sprech-Fähigkeit zwischen allen Beteiligten (d.h. die Möglichkeit, wieder miteinander in substanzielle Verhandlungen treten zu können), also auch gegenüber der gegenwärtigen russischen Führung. Diese Sprech-Fähigkeit sollte auch für bestehende

kommunikative Formate wie die verschiedenen G-7- und G-20-Treffen gelten.

Die Unterstützung der Ukraine bei der Verteidigung ihrer territorialen Integrität ist zentral; zugleich gilt es, die Gefahr einer atomaren Katastrophe zu verhindern. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Russland - eine atomare Supermacht auf Augenhöhe mit den USA - taktische Atomwaffen einsetzt, um einen erzwungenen Rückzug oder eine drohende Niederlage abzuwenden. Auch das Risiko eines Atomkriegs aus Versehenist real, z.B. auf Grund eines Fehlalarms. Die Zerstörungswirkungen eines Einsatzes von taktischen Atomwaffen – vergleichbar der Hiroshima-Bombe - können ein existenzielles Ausmaß annehmen, gerade auch für die Ukraine.

Die Hoffnung auf einen vollständigen militärischen Sieg der Ukraine durch umfassende westliche Unterstützung ist verfehlt. Auch wenn ein derartiges Vorgehen gelingen würde, könnte Russland seine Armee entlang der ukrainischen Grenzen stehen lassen und weiter das ukrainische Territorium mit Raketen und Bomben beschießen. So würde die Ukraine dauerhaft destabilisiert. Um dies zu vermeiden, müsste im Gegenzug die Ukraine russisches Territorium angreifen. Das wäre mit einer gefährlichen Ausweitung des Krieges verbunden.

Zeitfenster für Verhandlungen erkennen und nutzen können

Die Frage ist nicht, ob Verhandlungen mit der russischen Führung angestrebt werden sollten. Diese Frage muss differenzierter gestellt werden: *worüber* soll *wann* mit ihr geredet werden, *wie* sollen diese Gespräche geführt werden und *wer* soll sie in welcher Rolle initiieren und moderieren.

Es gibt bereits diplomatische Lösungsvorschläge, die nur wenig Beachtung fanden, u.a. den Zehn-Punkte-Plan, den die ukrainische Delegation im Rahmen der ukrainisch-russischen Gespräche vom März 2022 in Istanbul vorlegte, oder das Ergebnis der Internationalen Arbeitsgruppe, die auf Einladung des Vatikans im Juni 2022 Lösungen für einen „gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine“ vorschlug.

Sollte es in den nächsten Wochen – auch durch die Waffenlieferungen und Sanktionen – zu einer echten militärischen Pattsituation kommen, könnte sich ein Zeitfenster für Verhandlungen öffnen. Wann dies geschehen würde, ist kaum vorhersagbar. Daher sollte jetzt bereits vorbereitet werden, was dann schnell einsatzbereit sein muss: eine beidseitig akzeptierte, multilateral mitgetragene und flexibel steuerbare Struktur für moderierte Verhandlungen.

Dilemmasituationen durch geeignete Verhandlungsführung überwinden

Die ukrainische Souveränität steht politisch zu Recht im Zentrum, aber die Verhandlungen sollten auch darüber hinaus gehende Themen einbeziehen. Einiges spricht dafür, dass mit Russland nur im Paket mit übergeordneten Fragen sinnvoll

verhandelt werden kann. So könnte die Macht des Stärkeren als einzige Logik für die Konfliktaustragung begrenzt und zurückgedrängt werden. Die internationale Gemeinschaft auf UN-Ebene könnte den Rahmen für die Aushandlung offener internationaler Fragen gestalten undstrukturieren.

Verhandlungen mit der russischen Führung – und schon der Weg dahin – können zu Dilemmasituationen führen. Zum Beenden des Krieges braucht es früher oder später eine Verhandlungslösung. Bei anhaltender militärischer Stärke Russlands darf diese jedoch nicht auf Kosten der Ukraine gehen. Militärische Machtverhältnisse müssen das Ergebnis von Verhandlungen nicht vollständig und linear bestimmen. Militärische Machtasymmetrien zwischen Konfliktparteien können ausgleichbar sein, wenn neben den militärischen Logiken in relevantem Ausmaß auch andere Interessen beider Seiten einbezogen werden. Entscheidend ist, dass mögliche Verhandlungen nicht zu einem russischen Friedensdiktat führen.

Eine international abgestimmte, multilateral getragene Vermittlungsinitiative mit realistischer Zielsetzung könnte die Aufnahme von Verhandlungen ermöglichen. Im ersten Schritt ginge es um einen Waffenstillstand, im zweiten Schritt um einen Friedensvertrag und die Ko-Existenz beider Staaten; der Rückzug Russlands wäre klare Bedingung und die Verfahren wären eindeutig: die Ukraine entscheidet über ukrainische Hoheitsthemen, weitere internationale Themen wären politisch verhandelbar.

Ein weiteres Dilemma besteht darin, dass offizielle Verhandlungen mit dem Kriegsverbrecher Putin seinen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, seine Machtansprüche und Kriegsverbrechen implizit legitimieren könnten, was in jedem Fall vermieden werden muss. Jedoch weder das Ausblenden von Kriegsverbrechen noch eine Straffreiheit Putins sind zwangsläufige Folgen von Waffenstillstands- oder Friedensverhandlungen. Die o.g. Befürchtungen sind aber berechtigt und es muss ihnen in Verhandlungsprozessen bewusst entgegengewirkt werden.

OSZE stärken

Sicherheit lässt sich nicht auf militärische Stärke reduzieren. Es gilt weiterhin, langfristig eine neue nachhaltige europäische Friedens- und Sicherheitsarchitektur aufzubauen. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) bietet trotz des russischen Angriffskrieges – und trotz allen Reformbedarfs - eine wichtige Basisfür eine mögliche Kooperation auch über politische Lagergrenzen hinweg. Das erfordert vor allem diplomatische Fähigkeiten und vertrauensbildende Maßnahmen. Die OSZE wurde bisher vom Auswärtigen Amt mit ca. 25 Mio. € jährlich gefördert. Sie müsste jedoch von den Mitgliedstaaten mit deutlich mehr Mitteln ausgestattet werden als gegenwärtig, damit ihre Potenziale ausgeschöpft und weiterentwickelt werden können. Im Koalitionsvertrag sind neue Initiativen für die Stärkung von Rüstungskontrolle und Abrüstung angekündigt. Dafür hat die OSZE wichtige Instrumente geschaffen. Diese gilt es langfristig zu stärken.

Die Debatte über Sicherheit muss sich von der Fixierung auf die militärische Dimension lösen und auch „menschliche Sicherheit“ in den Blick nehmen. Dazu gehört der Schutz der Menschen vor Kriegen, Krisen, Klimakatastrophen und Krankheiten und auch der Zugang zu Ressourcen und Lebensperspektiven, also etwa Ernährungssicherheit und -souveränität. Ausreichende Mittel für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit müssen bereitgestellt werden, um die Folgen des Krieges gegen die Ukraine und der Corona-Pandemie auf globaler Ebene zu bewältigen.

Krisen und Kriegen weltweit vorbeugen

Der Koalitionsvertrag bezieht sich auf die Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ von 2017 und kündigt zivile Planziele an. Gerade jetzt ist es wichtig, die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren auszubauen. Deutsche Politik sollte mithelfen, Brücken zu bauen, zwischen Menschen aus der Ukraine, Russland und Belarus, im westlichen Balkan und Südkaukasus, im Nahen Osten und in der Sahelregion. Deutschland hat dafür eine Reihe wichtiger Instrumente geschaffen. Es wäre fatal, wenn die beschlossenen militärischen Investitionen deren Ausbau behinderten.

Es gilt, Klimakrise, Pandemien und Artensterben aufzuhalten, gerechte Lebensperspektiven zu schaffen und Krisen und Kriegen weltweit vorzubeugen. Und für den sozialverträglichen ökologischen Umbau unserer Gesellschaft müssen ebenfalls ausreichende Mittel vorgehalten werden. Auch das ist relevant für Sicherheit, denn der Zusammenhalt demokratischer Gesellschaften hängt auch davon ab, ob sie sich so schnell wie möglich von fossilen Energieträgern unabhängig machen können. Als Wertegemeinschaft wird sich die EU illiberalen und rechtspopulistischen Bestrebungen mit allen Mitteln entgegenstellen und die europäischen Demokratien gegen innere und äußere Feinde verteidigen müssen.

Längst geht es auch um die enormen Folgekrisen des Russland-Ukraine-Krieges, insbesondere den drohenden Welthunger infolge ausbleibender Getreideexporte. Diesbezüglich ist das neue NATO-Konzept der forcierten Aufrüstung kein Konzept, mit dem die Zukunft nachhaltig gestaltet werden könnte. In erster Linie profitiert der militärisch-industrielle Komplex, der schon jetzt angesichts der globalen Auftragsexplosion maximale Überprofite einfährt.

Neuen Blockbildungen entgegen wirken - Die Klimakrise gemeinsam lösen

Eine neuerliche Blockkonfrontation wie zu Zeiten des Kalten Krieges sollte unbedingt verhindert werden. Damals dauerte es fast 25 Jahre, bis nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Phase der Entspannung einsetzte. Angesichts der drängenden globalen Probleme kann sich die Welt ein derartiges verlorenes Vierteljahrhundert nicht leisten. Nach schon jetzt 50 untätig verstrichenen Jahren seit dem epochalen Bericht des Club of Rome von 1972 und 30 Jahre nach der Klimakonferenz von Rio de Janeiro 1992 steht die Welt an einem ökologischen

Kipppunkt. Dürren und Waldbrände, Gletscherabgänge, das Schmelzen des polaren Eises wie das Auftauen des Permafrostbodens demonstrieren: Die Klimakrise, die zunehmend zu einer Klimakatastrophe wird, hat mit ihren vielen Toten und Geflüchteten längst Auswirkungen in den Dimensionen eines Krieges. Und das sind nur die Folgen der CO2-Belastung der Vergangenheit, die bereits jetzt irreversibel sind und die sich in den nächsten Jahren weiter verstärken werden. All das zeigt: Die Bekämpfung der Klimakatastrophe ist und bleibt die eigentliche Jahrhundertherausforderung – und jeder Krieg trägt massiv zur ökologischen Zerstörung bei. Auch deshalb muss der Krieg gegen die Ukraine so schnell wie irgend möglich beendet werden.

Außerdem muss die atomare Abrüstung wieder auf die Agenda gesetzt werden; denn Putins Eroberungskrieg wie das neue NATO-Konzept drängen das Thema in den Hintergrund. Die NATO sollte den Verzicht auf einen nuklearen Erstschlag erklären, um das Risiko einer nuklearen Eskalation zu verringern. Nach dem Ende des INF-Vertrags über das Verbot landgestützter nuklearfähiger Kurz- und Mittelstreckenwaffen und des „Open-Skies“-Abkommens über militärische Beobachtungsflüge zwischen NATO-Ländern und Russland ist ein neuer Ansatz zu Abrüstungsverhandlungen dringend geboten, auch angesichts der zunehmenden Proliferation. Das Abkommen mit Iran droht zu scheitern. Auch in dieser Hinsicht wäre eine neue Blockbildung in einer multipolar verfeindeten Welt verhängnisvoll.

Die Rolle der Vereinten Nationen zur Überwindung der globalen Konflikte stärken

Die mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine sich zeigende Machtverschiebung vom traditionellen Westen und von Russland weg zugunsten der Schwellenländer und des globalen Südens könnte die Chancen für eine diplomatische Lösung verstärken. Denn der Druck der G-20-Mitglieder aus dem globalen Süden für ein Ende der Kämpfe wächst. Afrikanische Länder - wie zum Beispiel Südafrika - erheben angesichts großer ökonomischer Abhängigkeiten, inflationären Drucks und drohender Hungerkatastrophen die Forderung, zu einem Ende der Kämpfe zu kommen. Die südafrikanische Außenministerin Naledi Pandor forderte anlässlich des G-7-Gipfels in Elmau im Interview mit dem ZDF vom 27. Juni 2022: „Die Welt hat eine Verantwortung, für Frieden zu sorgen“. Und Brasiliens Präsidentschaftskandidat Lula da Silva kritisierte, die Sanktionen würden Millionen Menschen töten.

Im kommenden Jahrzehnt wird die Konkurrenz zwischen den Großmächten um Einflusssphären vermutlich mit unverminderter Härte fortgesetzt. Es ist notwendig, der weiteren Zuspitzung von Konflikten durch neue Initiativen zu Abkommen auf UN-Ebene zu begegnen, die auch China einschließen. Bestehende Konflikte müssen begrenzt werden, solange sie nicht beigelegt werden können. Und ohne eine Einbeziehung der Schwellenländer wird es keine Lösung der globalen Probleme geben, insbesondere nicht der völlig ungelösten Klimakrise. Aber letztlich bedarf es eines echten Multilateralismus und einer zentralen Rolle der Vereinten Nationen. Denn um die großen Menschheitsprobleme anzupacken, braucht

die Welt wirtschaftliche und politische Kooperation.